



Reden

14.12.2016

Thema: Beratung Doppelhaushalt Justizministerium

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Minister, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Recht ist die in der staatlichen Gemeinschaft herrschende Ordnung. Unsere Ordnung in Bayern ist die Demokratie. Die Demokratie baut auf der Freiheit und der Gleichheit des Menschen auf. Die Freiheit ist ein Wesensmerkmal des Menschen und der Sinn der Politik. Diese Grundlagen müssen in einer Demokratie verteidigt und geschützt werden. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie in Bayern, gerade in diesen Zeiten. Garant für diese Grundlagen unserer gesellschaftlichen Ordnung und damit Garant für die Demokratie ist letztendlich das Recht. Der Hüter unserer Werte ist am Ende die Justiz. Daher möchten wir als FREIE WÄHLER all denjenigen, die sich in der Justiz verdient machen, dort arbeiten und unter der hohen Arbeitsbelastung leiden, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tagtäglich setzen sich unzählige Richter, Staatsanwälte, Servicekräfte, Rechtspfleger, Justizfachwirte, Justizwachtmeister, Gerichtsvollzieher, Bewährungshelfer, Sozialhelfer, aber auch Rechtsanwälte für unsere rechtliche Ordnung in Bayern ein. Ihnen allen gilt ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Dank allein genügt nicht. Wir in diesem Haus müssen ebenfalls klare Signale im Haushalt setzen. Wir müssen die Wertschätzung zur Geltung kommen lassen und eine Personalmehrung in der Justiz vornehmen. Herr Justizminister, die 397 Stellen, die neu geschaffen werden, sind alle ehrenwert und richtig. Das geht in die richtige Richtung. In den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten hat man jedoch Stellen abgebaut und eingespart. Das muss man langsam wieder aufholen. Wir müssen auf einem Personalstand kommen, mit dem man vernünftig arbeiten kann. Bei genauer Betrachtung des Doppelhaushalts sieht man, dass der Schwerpunkt eindeutig auf der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung liegt. Das erkennen wir an. Das halten wir angesichts der Anschläge in Würzburg und Ansbach für notwendig. Wir müssen terroristischer Bedrohung durch den Rechtsstaat Grenzen setzen und einschreiten. Meine Damen und Herren, das ist für uns der richtige Weg. Diesen Bereich darf man nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus muss die Personalsituation noch deutlicher verbessert werden. Nach der Personalbedarfsberechnung aus dem Jahr 2015 fehlten bayernweit immer noch 366 Staatsanwälte und Richter. Es hat Auswirkungen auf das Strafrecht und das Zivilrecht, wenn Verfahren und Prozesse überlang dauern. Das beschädigt letztendlich auch den Wirtschaftsstandort Bayern. Wenn ein Handwerker, eine Firma oder ein Unternehmer Recht sucht und lange warten muss, bis Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden, ist das ein Malum für unseren Standort. Deshalb brauchen wir mehr Richter und Staatsanwälte. Darüber hinaus müssen unsere Richter weitergebildet werden. Sie benötigen weitere Fortbildungen, damit sie einer zunehmend erstarkenden Fachanwaltschaft adäquat entgegentreten können. Derzeit



wird beobachtet, dass aufgrund des häufigen Richterwechsels in verschiedenen Ressorts die Qualität leidet. Die Qualität in der Rechtsprechung fehlt, wenn den Richtern hochausgebildete und fortgebildete Fachanwälte gegenüberstehen. Unserer Meinung nach muss man an dieser Stelle nachbessern. Aus diesem Grund sind 12 Stellen für Richter und 20 Stellen für Staatsanwälte unserer Meinung zu wenig. Wir fordern deshalb 100 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern ebenfalls Stellenhebungen bei den Justizfachwirten. Zu den 80 neuen Anwärterstellen, die Sie für die Rechtspfleger schaffen, fordern wir 20 weitere Stellen; denn nach der derzeitigen Berechnung fehlen in Bayern 271 Rechtspfleger. Das sind ungefähr 15 %. Sie sind für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte zuständig. Diese müssen die Rechtspfleger betreuen. Auf die Rechtspfleger kommt somit eine Mehrbelastung zu. Deshalb brauchen wir mehr Rechtspfleger, die diese Arbeit leisten können. Sonst gerät der Justizapparat ins Stocken. Das darf unserer Meinung nach nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass eine Aufstockung der Bewährungshelfer erfolgen muss. Wir brauchen 40 zusätzliche Stellen, um ein Übergangsmanagement zu schaffen, das den Namen verdient. Wir hoffen, dass die Staatsregierung das umsetzt. Auf diese Weise können die Rückfallquoten vermindert werden. Die Schaffung von mehr Sicherheit in den Gerichtsgebäuden ist Gott sei Dank in Angriff genommen worden. Die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden sollte jedoch in staatlicher und nicht in privater Hand liegen. Deshalb brauchen wir mehr Justizwachtmeister. Wir fordern 90 zusätzliche Stellen. Darüber hinaus fordern wir weitere Stellen für Sozialpädagogen in den Justizvollzugsanstalten. Derzeit ist ein Sozialpädagoge für 100 Gefangene zuständig. Von einer Resozialisierung kann man in diesem Fall nicht sprechen. Deshalb brauchen wir 30 weitere Stellen. Meine Damen und Herren, obwohl ein großer Schwerpunkt auf das Personal in der Justiz gelegt worden ist, muss ich sagen: Die Justiz lebt nicht nur vom Personal. Man darf die Sachmittel nicht aus den Augen verlieren. Wenn man so manchen Gerichtssaal im Bayern betritt, fühlt man sich in die lauschigen Fünfzigerjahre zurückversetzt. Der Zustand der Justizgebäude ist Ausdruck der Wertschätzung des Staates gegenüber der Justiz als dritte Gewalt. Außerdem ist er ein Zeichen an den Bürger, der dort Recht sucht. Wenn der Bürger in einen fast historischen Gerichtssaal kommt, entsteht nicht unbedingt der Eindruck, dass unsere Justiz modern, schlagkräftig und bürgernah ist. Deshalb sind mehr Mittel für Nachbesserungen erforderlich. Im Zusammenhang mit den E-Akten möchte ich darauf hinweisen, dass wir insbesondere in den Sitzungssälen beispielsweise das Bayern-WLAN zur Verfügung stellen sollten, damit Richter, Staatsanwälte und die Anwaltschaft auf das WLAN-Netz zugreifen können. Ihre Arbeit verlagert sich immer mehr ins Elektronische. Herr Minister, ich hätte hier eine ganz große Bitte, die auch von der Anwaltschaft geäußert wurde: Sorgen Sie bitte für eine ausreichende Zahl von Steckdosen in den Gerichtssälen, damit die dort Arbeitenden, auch die Staatsanwaltschaft und die Richter, Computer und Laptops anschließen können, die sie für ihre Arbeit brauchen. Das ist ein ganz großer Malus. Sie könnten hier mit einer kleinen Geste und wenig Einsatz sehr viel für die Justiz in Bayern bewirken.

**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**



(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

WLAN und ein Breitbandnetz müssen in Bayern flächendeckend vorhanden sein. Das ist auch für eine funktionierende Justiz erforderlich. Im großstädtischen Raum funktioniert dies bereits. Wir brauchen aber auch auf dem Land, wo viele Anwälte leben und arbeiten, ein schnelles Internet, damit der Rechtsverkehr funktionieren kann. Der § 147 StPO gewährt einem Angeklagten oder einem Untersuchungshäftling die Möglichkeit der Akteneinsicht, um sich auf den Prozess vorzubereiten. Nicht dienlich ist es aber, wenn dem Angeklagten die Akten in Form von CDs gegeben werden, er aber kein Lesegerät besitzt, um diese Akten lesen zu können. Hier müsste Abhilfe geschaffen werden, damit diese Personen die Möglichkeit haben, sich adäquat verteidigen zu können. Die genannten Punkte sind für mich Ausdruck für die Wertschätzung der Justiz, aber auch Ausdruck für eine moderne und funktionierende Justiz. Herr Minister, unsere Bitte lautet: Bessern Sie hier nach! Teilweise geht es nur um Kleinigkeiten, die aber für einen funktionierenden Justizapparat absolut notwendig und zeitgemäß wären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)